

Die drohende Verkehrsverteuerung.

Tarifpolitik auf Umwegen.

„Wo alles liebt, kann Karl allein nicht hassen“, sagen sich die Verkehrsgesellschaften und wollen sich von der allgemeinen Verteuerungspolitik nicht ausschließen. Sie wagen von neuem den Versuch, ob sie nicht besser fahren könnten, wenn die Groß-Berliner teurerer fahren.

Vor Jahresfrist ist dies Begehren der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft vom Zweckverband glatt abgelehnt worden. Jetzt hat man nun, wie schon im gestrigen Abendblatt kurz gemeldet, die Sache etwas anders einzufädeln gesucht. Man hat die Omnibus-A. G. vorgeschickt, die vom Zweckverband die Zustimmung für Erhöhung ihrer Tarife erbitten sollte. An und für sich untersteht die Omnibus-A. G. gar nicht dem Zweckverbande; da sie aber ihre Tarife nicht gut erhöhen kann, wenn es nicht gleichzeitig die Große Berliner Straßenbahngesellschaft und die Hochbahngesellschaft auch tun, so bedeutet die bescheidene Anfrage der Berliner Omnibusgesellschaft weiter nichts als die Zustimmung zu einer Tarifierhöhung dieser beiden Gesellschaften. Die Omnibusgesellschaft, die mit sehr teuren Futterkosten zu rechnen hat und der fast der ganze Autobusverkehr genommen worden ist, soll ihre Forderung damit begründet haben, daß sie täglich 6000 Mark zusehe. Nun befindet sich der größte Teil der Aktien der Omnibusgesellschaft in dem Besitz der Großen Berliner Straßenbahn und der Hochbahngesellschaft. Die Große Berliner Straßenbahn hat trotz des Krieges sehr günstig abgeschnitten, und auch der Hochbahngesellschaft ist es leidlich gegangen. Wenn der Zweckverband — und hoffentlich hat die Vollversammlung, und nicht nur der Verbandsausschuß hier mitzureden — die Wünsche der Omnibusgesellschaft erfüllen wollte, so müßten naturgemäß auch die Tarife der Straßenbahn- und Hochbahngesellschaft eine entsprechende Steigerung erfahren. Beide Gesellschaften wollen sich gerade jetzt zur Kriegszeit nicht etwa mit kleinen Erhöhungen begnügen, sondern es würde eine Verteuerung von 50 v. H. eintreten. Selbstverständlich würde auch der Staat nicht zögern, alsbald die Stadtbahn- und Vororttarife noch vor der Elektrifizierung dementsprechend zu gestalten.

Man wird sich vielleicht wundern, daß der Zweckverbands-Ausschuß nicht von vornherein ein derartiges Unsinnen abgelehnt hat, aber man hat schon hinter den Kulissen ganz gut vorgearbeitet. Man suchte gewissen Kreisen in den Vororten die geplante, durchaus nicht gering gedachte Erhöhung dadurch schmachthaft zu machen, daß man sie auf die erhöhten Abgaben hinwies, die aus dem größeren Profit der Verkehrsgesellschaften dem Sädel der einzelnen Gemeinden zuließen würden. Wenn manche Vorortvertreter sich dadurch locken ließen, so wäre das sehr bedauerlich. Eine Verteuerung des Verkehrs, wie sie die Verkehrsgesellschaften planen, wäre eine außerordentlich starke Belastung der gewerblichen Bevölkerung von ganz Groß-Berlin. Sie würde zahlreiche Vorortbewohner ebenso schädigen wie die Berliner selber. Die Verhältnisse liegen heute genau so wie vor einem Jahre, als das Verlangen der Großen Berliner Straßenbahn, den Verkehr zu verteuern, rundweg abgelehnt wurde. Wenn der Zweckverband und diejenigen, die dazu da sind, ihn zum wohlverstandenen Nutzen von Groß-Berlin zu leiten, wirklich gemeinnützig handelten, so bleibt ihnen nur übrig, dieselbe Antwort zu geben wie vor Jahresfrist.